

Ulrich Thöne  
Vorsitzender der GEW

## Rede zum ersten Mai 2006 in Stuttgart

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Kundgebungen zum 1. Mai stehen in diesem Jahr noch ganz im Zeichen der großen Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie.

Am vorletzten Wochenende haben die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall einen Tarifabschluss erreicht, der sich sehen lassen kann. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall zu diesem Tarifabschluss ausdrücklich beglückwünschen.

Die Metallerinnen und Metaller haben in den letzten Wochen durch eine Serie eindrucksvoller Warnstreiks den Druck erzeugt, der nötig war, damit die Arbeitgeber bereit sind, am Verhandlungstisch zu akzeptablen Lösungen zu kommen.

Sehr viel komplizierter ist die Situation im öffentlichen Dienst.

Vor zwei Jahren haben die öffentlichen Arbeitgeber und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf Bundes- und kommunaler Ebene nach langen und mühsamen Verhandlungen einen neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst abgeschlossen, der den bisherigen Bundesangestelltentarif ablöst und in der gesamten Republik als Meilenstein für ein modernes Tarifrecht gefeiert wurde.

Dieser Tarifvertrag war schon ein Kompromiss. Für die Beschäftigten enthält er durchaus die eine oder andere schwer verdauliche Kröte. Er trat zum 1. Oktober 2005 in Kraft.

Wenige Wochen später kündigten die kommunalen Arbeitgeber die Arbeitszeitregelung dieses Tarifvertrags, nämlich die 38,5-Stunden-Woche, deren Erhaltung Bestandteil des Gesamtkompromisses war.

Sie forderten unverhohlen die 40-Stunden-Woche und versuchten, den Tarifkonflikt auf die Parole zu verkürzen, es gehe ja nur um 18 Minuten am Tag und angesichts der aktuellen Kassenlage sei wegen dieser Kleinigkeit ein Streik nicht gerechtfertigt.

Der Streik war nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig und unvermeidbar. Aber ich sage auch: Der Streik wurde uns aufgezwungen.

Die Arbeitgeber waren und sind entschlossen. Sie wollten nachholen, was sie mit dem für sie erwarteten Ausgang der Bundestagswahlen vom September 2005 zunächst verpasst haben.

Es geht ihnen nicht um 18 Minuten, sondern darum, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten nach Gutsherrenart zu diktieren. 40 Stunden sind ihnen nicht genug, auch 42 Stunden nicht!

Die Auseinandersetzung im Bereich der Bundesländer droht in eine weitere Verlängerung zu gehen. Nach wie vor lassen die öffentlichen Arbeitgeber keine Bereitschaft erkennen, konstruktiv mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über eine Übernahme des Tarifvertrags öffentlicher Dienst zu verhandeln. Sie bestehen darauf, die Lohnkosten um 10% und mehr senken zu können!

Der Streik geht in die 13. Woche! Die Arbeitgeber wollen auf Biegen und Brechen den Beweis erbringen, dass es auch ohne Tarifvertrag geht. Sie wollen weg von dem grundgesetzlich festgelegten Gedanken eines fairen, in freien Verhandlungen ausgehandelten Kompromisses.

Sie wollen das Diktat und einige von ihnen werden nicht einmal rot im Gesicht, wenn sie zur gleichen Zeit an einem neuen Grundsatzprogramm basteln und dort reinschreiben: „ Wir setzen nicht auf billigere Löhne!“

.

Die Herren - es gibt kein weibliches Wesen mehr in dieser Riege - wissen offensichtlich nicht, was hierzulande eine Erzieherin oder eine Krankenschwester zu leisten hat und was sie dafür als Lohn bezahlt bekommt, sonst würden sie nicht so abwertend und respektlos über deren Arbeit und deren Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung reden.

Hier in Stuttgart rufe ich dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten zu: Verehrter Herr Oettinger! Sie präsentieren sich gerne als moderner und dialogbereiter Ministerpräsident. Als solcher sind Sie in der Pflicht! Sorgen Sie endlich mit dafür, dass es auch auf der Länderebene einen Tarifabschluss gibt, der die Arbeit der Beschäftigten anerkennt und ihnen die Sicherheit für verlässliche Arbeitsbedingungen gibt.

Der Staat gibt das Vorbild für alle. Deshalb: Kehren Sie um! Lassen Sie es nicht zu, dass der einzige Schutz vor Willkür, der Tarifvertrag, zu einem Auslaufmodell in Deutschland wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn die Gesellschaft zukunftsfähig werden soll, braucht sie Lösungen, die für alle Chancen und Möglichkeiten eröffnen und nicht nur den Geldbeutel einiger Weniger zum Nachteil von Vielen vergrößern.

Der kurzfristige Profit zerstört nachhaltig die Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft und unseres Planeten. Wer 26% Eigenkapitalrendite in einem Jahr – wie gerade bei der Deutschen Bank geschehen – für ökonomisch vernünftig hält, der muss zu dem Schluss kommen, dass die Löhne viel zu hoch sind.

Diese Herrschaften kennen nur eine Triebquelle ihres Handelns, den persönlichen Gewinn. Löhne runter, Arbeitszeit rauf, Kündigungsschutz weg, das ist die stereotype Antwort auf alles. Das ist so, als ob ein Handwerker nur den Umgang mit einem Werkzeug kennt, dem Hammer. Aber damit kriegt er längst nicht jede Schraube in die Wand und schon gar keine Uhr repariert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Haltung der Arbeitgeber, zumal der als Vorbilder agierenden öffentlichen Arbeitgeber zerstört die Grundlagen für ein friedvolles Zusammenleben in dieser Gesellschaft. Ich zitiere aus einem Brief einer Berliner Hauptschule, der Rütli-Schule:

„Die Situation ist geprägt von der Hoffnungslosigkeit desillusionierter, gewaltbereiter Jugendlicher, die nicht nur Mitschüler attackieren, sondern streckenweise keinen geordneten Unterricht ermöglichen.“

An unseren Schulen geht es nicht zuallererst um die Frage, ob die Schüler einen deutschen Pass haben oder

nicht. Vielmehr geht es um die Frage, ob wir den Jugendlichen eine Perspektive bieten mit eigener Hände Arbeit in dieser Gesellschaft einen anerkannten Platz eigenständig einnehmen zu können oder nicht.

Wenn – wie bei der Rütli-Schule – über Jahre hinaus fast keine einzige Schulabgängerin oder Schulabgänger eine Lehrstelle findet, müssen wir uns nicht wundern, dass die Jugendlichen resignieren und aggressiv werden. Das erfahren die Kinder aus den Milieus der sozial ausgegrenzten Menschen seit Jahren - hier ist ein hoher Schaden angerichtet worden!

Und was Schülern, Eltern und Lehrern gar nicht hilft, sind die neunmalklugen Ratschläge der konservativen Scharfmacher: Wenn Schäuble, Stoiber, Schönbohm und Freunde jetzt vom Wegschließen, Abschieben und Rausschmeißen sprechen, wenn sie Schnupperknäste für Schüler fordern, dann führt das nur zu noch mehr Ausgrenzung der ohnehin schon Ausgegrenzten.

Nein, wir haben ein anderes Problem. Die Hauptschulen sind heute vielerorts Unterklassenschulen, Minderheitenschulen, die Schulen der Bildungsverlierer. Unser System produziert eine neue Unterschicht, eine neue Klasse der Ausgegrenzten, die in Frankreich erst kürzlich auf den Straßen revoltierte.

Wir müssen den Jugendlichen eine Perspektive nach der Schule bieten. Jahr für Jahr bleiben mehr als 100.000 Jugendliche ohne Lehrstelle. Allein in diesem Jahr ist

die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze um 9 Prozent gesunken. Diese Fakten zeigen: Der Ausbildungspakt von Wirtschaft und Bundesregierung ist gescheitert. Es ist höchste Zeit, dass Unternehmen und Regierung vor sich und den Jugendlichen dieses Scheitern auch endlich eingestehen.

Es führt kein Weg daran vorbei: Wir brauchen die Ausbildungsumlage. Wer nicht ausbildet, soll zahlen. Wenn es nicht gelingt, mehr betriebliche Lehrstellen zu schaffen, brauchen wir mehr voll qualifizierende Ausbildung in beruflichen Schulen und außerbetrieblichen Lernorten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Deutschland wird weit weniger öffentliches Geld für Bildung bereitgestellt, als in anderen vergleichbaren Staaten.

Tatsache ist, dass in keinem Staat der Welt die soziale Herkunft eines Kindes so sehr über dessen Schulerfolg bestimmt wie in Deutschland. Spätestens seit PISA wissen wir, dass in unseren Schulen die notwendige Zeit fehlt, um Kinder individuell zu fördern – statt dessen begnügen wir uns damit, sie von einer Schule zur anderen zu schicken.

In fast keinem anderen Land der Welt werden Kinder so früh und so konsequent nach vier Jahren Grundschule sortiert und auf verschiedene Schularten verteilt.

Trotzdem - besser: gerade deshalb - schneiden deutsche Schülerinnen und Schüler bei PISA schlechter ab als Kinder aus Staaten mit integrativen Schulsystem. Dies ist auch eine schallende Ohrfeige für das gegliederte Schulsystem.

Und nirgendwo hat die frühkindliche Bildung – also die Bildung vor dem 6. Lebensjahr – einen so geringen Stellenwert wie in Deutschland. Nirgendwo werden Erzieherinnen so unzulänglich ausgebildet und so schlecht bezahlt wie bei uns. Gerade deshalb ist es ein Skandal, wenn die öffentlichen Arbeitgeber sich weigern, genau für diese Beschäftigten anständige Arbeits- und Einkommensbedingungen zu akzeptieren.

Tatsache ist auch, dass wir in Deutschland das Lernen fast noch genau so organisieren wie vor hundert Jahren: In der Halbtagschule sechs Unterrichtsstunden am Vormittag – möglichst sechs verschiedene Fächer und sechs verschiedene Lehrerinnen bzw. Lehrer. Anstatt dass wir endlich eine große Schulreform in Angriff nehmen und flächendeckend Ganztagschulen einrichten, in denen nach einem sinnvollen pädagogischen Konzept gearbeitet wird, gab es bis vor kurzem in Baden-Württemberg einen unsäglichen Streit um den Ausbau von Ganztagsangeboten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir lesen in vielen deutschen Zeitungen dieser Tage, dass Frau Merkel und Herr Müntefering das Traumpaar der deutschen Politik werden. Die Stimmung im Land wird angeblich immer besser. Der Aufschwung naht. So liest man es in vielen Blättern.

Nur, mit dem Alltag vieler Menschen hat das nichts zu tun! Noch immer sind in diesem Land offiziell rund 5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Noch immer finden Jahr für Jahr weit mehr als 100.000 Jugendliche keine Lehrstelle.

Da wird über zu wenig Kinder gejammert und die Blöd-Verzeihung, Bild-Zeitung klagt über faule Mütter in Deutschland. Dabei lebt jedes siebte Kind in Deutschland in Armut. Schlimmer noch: In einer Stadt wie Berlin ist die Zahl der Kinder, die von der Sozialhilfe abhängig sind, von ca. 95.000 2004 auf über 165.000 binnen Jahresfrist gestiegen. Hartz IV hinterlässt eindeutige Spuren.

Die Großkoalitionäre glauben tatsächlich, dass es mit diesem Land nur aufwärts geht, wenn man die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schröpft. Sie alle sehen im angeblich fetten Sozialstaat den Kern des Übels. „Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen“, ist die Überschrift dieser verfehlten Politik. Sie sagen „Wir alle“ - und meinen doch nur die kleinen Leute. Denn die Spaltung unsere Gesellschaft wächst.

Während die Löhne der Beschäftigten sinken, wachsen die Vorstandsbezüge in den Konzernzentralen im zweistelligen Bereich. Globalisierung im Sinne eines Josef Ackermann funktioniert nach folgendem Muster: Die Arbeiter sollen sich nach den Hunger-Löhnen in China richten, während sich die Manager satte Gewinne wie in den USA einstreichen.

Wer solche Entwicklungen kritisiert, wird von Westerwelle, Merz und Konsorten gerne als Besitzstandswahrer, Sozialromantiker und Sozialneider abgestempelt. Ich aber frage mit den Worten des Journalisten Heribert Prantl: „Ist es wirklich nur Neid, wenn eine Familie mit drei Kindern sich wundert, wie dieselben Leute, die guten Gewissens Millionengehälter einstreichen, bei den Löhnen ihrer Mitarbeiter um Promille feilschen? Ist es wirklich nur Unverstand, wenn die Menschen sich darüber empören, dass die Deutsche Bank Milliarden Gewinne einstreicht und zugleich Massenentlassungen ankündigt? Jedem also das Seine: Dem gescheiterten Wirtschaftsboss eine Abfindung, von deren Zinsen er ein halbes Dutzend Bundeskanzler bezahlen könnte – für den Arbeitslosen Hartz IV?“

Forderte Ludwig Erhard einst „Wohlstand für alle“, müsste heute der Leitspruch der Marktradikalen „Armut für Viele“ lauten. Und Angela Merkel stimmt in den Chor mit ein. Zitat: „Realistische Politik, das ist der Mut zur Wahrheit, statt der Glaube an Illusionen.“

Es geht den Marktradikalen also um letzte Wahrheiten. Der Glaube an die ungezügelte, freie Marktwirtschaft hat fast schon religiöse Züge. Eine nüchterne Diskussion über das Für und Wider einer solchen Politik wird ausgeschlossen.

„Es gibt keine Alternative“, lautet folgerichtig der Satz, mit dem uns immer neue Zumutungen verkauft werden. Und seit Jahren wird in unserer Republik kräftig reformiert: Die Vermögensteuer und die Gewerbesteuer wurden gestrichen. Der Spitzensteuersatz kräftig gesenkt. Man stellte Unternehmensverkäufe von der Steuer frei. Man führte Mini- und 1-Euro-Jobs ein. Man erfand die Ich-AGs. Kürzte mit dem so genannten Nachhaltigkeitsfaktor die Renten. Griff kranken Menschen mit der Praxisgebühr in die Tasche. Baute den Kündigungsschutz ab. Und, und, und ... und beschließt umfangreiche Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen, die fast ausschließlich von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bezahlt werden müssen, während die Einkommensmillionäre weiterhin steuerlich entlastet werden.

Wann wird das endlich zu dem eigentlichen Skandal dieser Gesellschaft gemacht? Wann hören die Vielen in der Politik und den Medien auf, nicht ständig die angeblich heilsamen Kräfte dieser falschen Medizin zu rühmen? Diese Menschen wissen doch auch, dass es sich nicht gehört, mit vollem Mund zu sprechen. Wieso tun sie es dann mit leerem Kopf?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

uns steht ein heißer Herbst bevor, denn der Sozialabbau wird weitergehen. Die Pläne stecken schon in Merkels und Münteferings Schubladen. Rente mit 67, ein weiterer Abbau des Kündigungsschutzes, eine Gesundheitsreform zu Lasten der Patienten. All das droht uns in den kommenden Monaten.

Die Rente mit 67 ist nichts anderes, als eine geschickt getarnte Rentenkürzung.

Dazu nur drei Fakten:

1. Mehr als die Hälfte der Unternehmen in Deutschland beschäftigen keine Menschen, die älter als 50 Jahre sind.
2. Mehr als die Hälfte der Menschen, die älter als 55 Jahre sind, haben keinen Arbeitsplatz.
3. Der durchschnittliche Deutsche geht spätestens mit 60 Jahren in Rente.

Es ist doch klar: Wie soll ein Dachdecker noch mit 67 Jahren bei Wind und Wetter arbeiten oder eine 67-jährige Erzieherin die Verantwortung für 15 Kleinkinder im Schwimmbad übernehmen können?

Wir wollen, dass die Menschen überhaupt erst die Chance bekommen, länger gesund im Erwerbsleben zu bleiben – und damit eine anständige Rente erwarten zu können. Wir brauchen mehr Arbeit für Menschen mit 50 und 60 und keine Rente mit 67!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat schon angedroht: Die Menschen werden sich darauf einstellen müssen, noch mehr für ihre Gesundheit aus der eigenen Tasche zu zahlen. Dabei hat man uns schon kräftig in die Geldbörse gegriffen. Bereits heute zahlen wir mehr für Arztbesuche, für Medikamente, für Krankenhausaufenthalte. Die Leistungen aber sinken, während die Pharma-Industrie prächtig verdient.

Es muss endlich Schluss sein mit der Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer, der Rentner, der Patienten und Kranken. Wir müssen endlich alle Menschen in die Solidargemeinschaft holen. Dazu brauchen wir die Bürgerversicherung.

Es kann nicht sein, dass ein lediger Top-Manager mit einem Jahresgehalt von 750.000 Euro nur rund 250 Euro für seine private Krankenversicherung zahlen muss. Und dass seine Mitarbeiterin mit einem Monatsgehalt von 3.000 Euro rund 420 Euro Monat für Monat in ihre gesetzliche Kasse zahlt. Diese Zahlen stammen nicht von den Gewerkschaften, sondern von Peter Bofinger, einem der fünf Wirtschaftsweisen.

Es darf aber auch nicht sein, dass der finanzielle Beitrag der Arbeitgeber weiter eingeschränkt wird. Auch die Unternehmen müssen in der Verantwortung für Qualität und Wirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Werden Merkels und Münteferings Pläne wahr, können Menschen sich erst auf den Kündigungsschutz verlassen, wenn sie zwei Jahre lang in einem Betrieb arbeiten. In den ersten beiden Jahren kann der Unternehmer den Arbeitsvertrag jederzeit und ohne Begründung auflösen. Was das bedeutet, kann sich jeder Einzelne ausrechnen. Heuern und Feuern. Amerikanische Verhältnisse. Gegen solch eine Reform sind unsere Kolleginnen und Kollegen in Frankreich gerade erst erfolgreich auf die Barrikaden gegangen!

Wir haben in den vergangenen zehn Jahren immer wieder Einschnitte beim Kündigungsschutz hinnehmen müssen. Neue Jobs sind dadurch nie entstanden. Im Gegenteil: Über acht Millionen Menschen sind heute in regulärer Beschäftigung bereits schutzlos. Und auch der graue Arbeitsmarkt mit ungeschützten Billigjobs weitet sich immer weiter aus. Es wäre Merkels und Münteferings Aufgabe, diese Entwicklung zu stoppen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

all die genannten Forderungen werden Geld kosten. Der Hinweis auf leere Staatskassen ist kein Argument und sollte gar nicht erst bemüht werden. Wer rechnen kann, investiert rechtzeitig in Bildung. Das ist allemal besser und billiger als das Geld später für Gefängnisse, Psychiater und Sozialhilfe auszugeben.

Zu einem modernen Sozialstaat gehört Beides: gute Kindergärten und Schulen und eine vernünftige materielle Hilfe für die Schwachen. Wir müssen Beides gemeinsam denken. Wir setzen uns daher für einen Sozialstaat ein, der nicht weiter das Anwachsen sozialer Ungerechtigkeiten und damit zunehmend würdelose Arbeits- und Lebensbedingungen hinnimmt.

In einer sozialstaatlich verfassten Demokratie ist soziale Gerechtigkeit die Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde. Ohne die Würde des einzelnen Menschen gibt es keine freie Gesellschaft. Bildung, soziale Sicherheit, Kündigungsschutz, Mitbestimmung und Tarifautonomie sind die unumstößlichen Grundpfeiler in der Arbeitswelt, damit der Einzelne nicht wirtschaftlichen Zwängen schutzlos ausgeliefert ist. Sie gehören zu einer gelebten sozialen Demokratie.

„Deine Würde ist unser Maß“, heißt für uns konkret:

- Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft oder kulturellem Hintergrund die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu geben und vor sozialer Ausgrenzung zu bewahren;
- ein Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen durch Tarifvertrag und gesetzlichen Mindestlohn;
- sozialer Schutz vor existenziellen Risiken wie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut;
- die gerechte Teilhabe der Beschäftigten an der Verteilung des Wohlstands;

- der Zugang aller Menschen zu Bildung und Ausbildung unabhängig von Status oder Einkommen der Eltern;
- Selbst- und Mitbestimmung in Gesellschaft und Arbeitswelt;
- Erhalt einer lebenswerten Umwelt.

Dafür treten wir ein!

Die Würde des Menschen zu schützen oder wieder herzustellen, das gehört zu einer solidarischen Gesellschaft. Solidarität ist die notwendige Grundlage, um die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gewaltfrei und gerecht zu lösen - in Deutschland, in Europa, weltweit.

Darum sagen wir Gewerkschaften an diesem 1. Mai und an jedem anderen Tag:

„Deine Würde ist unser Maß“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in Zeiten härter und grundsätzlicher werdender Auseinandersetzungen. Das haben noch längst nicht alle verstanden. Aber wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer treffen auf entschlossen handelnde Arbeitgeber.

Deshalb, ob am Stammtisch, beim Bäcker oder in der Mittagspause. Mischt euch ein und werbt für unsere Ideen und Ziele. Seid Streitbar und kämpferisch - das ist

es, was diese Gesellschaft jetzt dringender denn je braucht, wenn sie eine solidarische und friedvolle Zukunft für alle schaffen will!